

Rita Schneider
Radweginitiative „Radweg Jetzt Buchfinkenland-Montabaur“
An der Kehl 33
56412 Holler

Staatsminister Achim Schwickert
im Ministerium des Innern, für Integration und Verkehr
Schillerplatz 3-5
55116 Mainz

Holler, den 30.06.2026

Radwegebau im Westerwald, neues Radverkehrsgesetz

Sehr geehrter Herr Minister Schwickert,

viele Grüße vom Koordinatorenteam der Radweginitiative „Radweg Jetzt Buchfinkenland – Montabaur“. Zur Ernennung zum Minister des Innern, für Integration und Verkehr möchten wir Ihnen zunächst gratulieren und wünschen Ihnen in Wahrnehmung dieser verantwortungsvollen Aufgabe allzeit viel Erfolg.

Unsere Initiative existiert seit 2018. Seitdem bemühen wir uns, getragen von der Unterstützung der breiten hiesigen Bevölkerung und von lokalen Kommunalverwaltungen, um einen Alltagsradweg zur Kreisstadt Montabaur. Wir gehen davon aus, dass Ihnen als früherer Landrat des Westerwaldkreises unsere Forderung nach diesem Radweg oft zu Ohren gekommen ist. Da jetzt sogar ein Westerwälder mit den politischen Weichenstellungen zum Radverkehr in ganz Rheinland-Pfalz betraut ist, halten wir dies für eine günstige Gelegenheit, uns an Sie zu wenden. Jahrzehntelang wurde der Westerwaldkreis im Radwegebau von der früheren Landespolitik nachweislich stark benachteiligt. Unisono beklagen dies parteiübergreifend auch sämtliche gewählte Mitglieder des Landtags aus dem Westerwald. Diese haben öffentlich bekundet, sich in der neuen Legislatur politisch stärker in der Sache zu engagieren. Auch wir weisen auf dieses Manko hin und fordern in Zukunft eine landesweite gleichwertige Entwicklung im Radwegebau, die auch den Westerwald einbezieht. Wer könnte dieses politische Anliegen, ohne den Blick fürs Ganze zu verlieren, besser in Angriff nehmen als ein Westerwälder wie Sie? Insbesondere bitten wir Sie hiermit um Unterstützung für den Radweg nach Montabaur entlang der L 326.

Unser neuer Ministerpräsident Gordon Schnieder hat, gemäß einer Pressemitteilung der Landesregierung vom 18.05., in seiner Antrittsrede u. a. zu Recht auf Folgendes hingewiesen, Zitat: „Ein besonderer Schwerpunkt der neuen Landesregierung werde deshalb auf einem funktionierenden Staat liegen. Vertrauen in Demokratie entstehe dort, wo der Staat im Alltag verlässlich ist.“ Sein Versprechen findet unsere volle Unterstützung.

Von Anfang an steht unsere Initiative in einem engen Austausch mit dem LBM Diez, der u. a. für die Planung von Radwegen an klassifizierten Straßen im Westerwald zuständig ist. Der Reihe nach: Sehr erfreut haben Bürgerinnen und Bürger in und um Montabaur zur Kenntnis genommen, dass im Herbst 2021 das damalige Verkehrsministerium den LBM Diez mit der

Planung eines Radwegs von Holler nach Montabaur beauftragte und dass zum 01. 07. 2022 sogar ein vierköpfiges Radverkehrsteam beim LBM Diez eingerichtet wurde. Seit dem Planungsauftrag zu dem von uns geforderten Radweg sind jetzt fünf Jahre vergangen, seit nunmehr vier Jahren beschäftigen sich die Planer in Diez angeblich mit dem Radweg nach Montabaur. Aktueller Stand: Noch kein einziger Planungsschritt in diesem Verfahren wurde dort bisher abgearbeitet. Man legte bis heute noch nicht fest, wo die zukünftige Trasse des Radwegs überhaupt verlaufen soll (Schreiben LBM Zentrale vom 16.06.2026). In unseren Augen ist dies beschämend, ja skandalös und gerade kein Beispiel für einen funktionierenden Staat.

Es geht aber auch anders: Mit der Kleinen Anfrage von MdL Jenny Groß zu Alltagsnaughlichen Radwegen vom 05.11.2025 (Drs. 18/13340) und der Antwort von Ministerin Daniela Schmitt vom 26.11.2025 (Drs. 18/13526, S. 7) ist bekannt geworden, dass der 2023 von der Kreisverwaltung des Westerwaldes ergangene Planungsauftrag an den LBM Diez für einen Radweg an der K 113 von Simmern nach Neuhäusel sich dort erfreulicherweise bereits in der Entwurfsplanung befindet. Hier hat man auf umfangreiche Untersuchungen im Zuge einer Vorplanung verständlicherweise verzichtet. Einvernehmlich haben die Verantwortlichen im Verfahren die Trasse verbal-argumentativ festgelegt. Was bei der Planung des Radwegs an der K 113 gut erfolgte, müsste bei der Planung des Radwegs nach Montabaur doch auch möglich sein! Insbesondere aus Plausibilitäts- und Sicherheitsgründen halten wir und die hiesige Bevölkerung einen Alltagsradweg entlang der heutigen L 326 für die am besten geeignete Trasse.

Dennoch hat der LBM Diez ein Büro mit umfangreichen, zeitaufwendigen Vorplanungen beauftragt, um nach einem fragwürdigen Variantenvergleich eine eventuell noch besser geeignete Trasse für den Radweg zu finden. Das versteht kein Westerwälder. Man bringt für dieses realitätsferne Vorgehen null Verständnis auf. Der gesunde Menschenverstand kommt zu keiner anderen Lösung als ein unselbständiger Radweg im Zuge der L 326. Weitsichtige Kommunalpolitiker haben vor über 30 Jahren die hierfür erforderlichen Parzellen mit Vorbehalt eines zukünftigen Radwegs bereits erworben. Seither sind sie im Eigentum der Stadt Montabaur bzw. der Gemeinde Holler und harren auf die kaufbegründende Nutzung. Beschlüsse der LBM Diez jetzt als Vorzugsvariante eine andere Trasse, z. B. die deutlich längere, nicht sichere durch die Marau, würde dies das Vertrauen der Bürger an einen funktionierenden Staat erheblich erschüttern. Dies widerspräche zudem allen Raderfahrungen und verhinderte nicht, dass Radfahrer und Fußgänger sich weiter auf der kürzeren, aber todesgefährlichen L 326 bewegen.

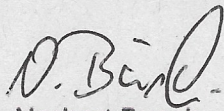
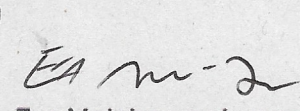
Es ist nicht unsere Absicht in ein allgemeines Lamento zu verfallen. Wir sind immer an einen konstruktiven Dialog mit allen Beteiligten interessiert. Wir meinen aus guten Gründen, unsere Vorschläge wären zweckmäßig und zielorientiert. Die schleppende Planung des beauftragten Radwegs beim LBM Diez sehen wir als Symptom eines grundlegenden Problems an, das dringend von der Landespolitik angegangen und nur von ihr gelöst werden kann. Der eigentliche Kern des Problems ist das anzuwendende, mehrstufige und langwierige Verfahren zur Planung und Genehmigung von Radwegen an klassifizierten Straßen in Rheinland-Pfalz. Es darf nicht sein, wie es jetzt beim LBM Diez für die Planung des Radwegs nach Montabaur der Fall zu sein scheint, dass es in seinen einzelnen Planungsschritten immer und überall, nicht fallbezogen und unflexibel Anwendung findet. Falschverstanden und nicht sachgemäß angewendet läuft dieses Verfahren Gefahr, zu einem bürokratischen Monster zu verkommen. Dann darf man sich auch nicht wundern, dass unter Umständen mit Dauern vom Planungsauftrag bis zur Freigabe eines neu gebauten Radwegs von Jahrzehnten auszugehen ist. Dies ist keinem Bürger mehr plausibel vermittelbar. Unsere Initiative hat aufgrund des jahrelangen Austausches mit dem LBM Diez in einem Leserbrief, der im überregionalen Teil der Rheinzeitung am 07.07. 2025 erschien, auf dieses grundlegende Problem bereits unmissverständlich hingewiesen. Hierin schlagen wir ein

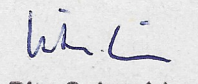
Radwegebaubeschleunigungsgesetz seitens der Landespolitik vor. Es sollte einen effizienteren, schlankeren Planungsablauf beim LBM ermöglichen und den Radwegeplanern mehr Beinfreiheit bei Entscheidungen gewähren. Eine Kopie unseres Leserbriefs liegt als Anlage bei.

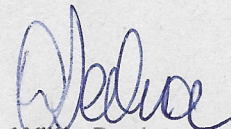
Angesichts der geschilderten Abläufe nimmt unserer Initiative mit großer Zufriedenheit aktuell zur Kenntnis, dass die neue Landesregierung gemäß Koalitionsvertrag „Gemeinsame Verantwortung für ein starkes Rheinland-Pfalz 2026-2031“ ein Radverkehrsgesetz beschließen und verabschieden lassen will, Zeilen 2529-2531. Zitat: „Mit einem Radverkehrsgesetz schaffen wir dafür klare Zuständigkeiten und schnellere Genehmigungsverfahren.“ Bravo! Radfahrende hoffen, dass der Politik mit diesem Gesetz ein wahrer Befreiungsschlag gelingt und Rheinland-Pfalz endlich aus der Misere im Radwegbau herausführt. Insbesondere erhofft unsere Initiative, dass die weiteren Planungen des Radwegs nach Montabaur auch von diesem Gesetz profitiert. Bitte bringen Sie den Gesetzesentwurf deshalb möglichst bald auf den Weg!

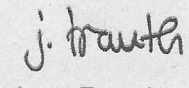
Da Sie Herr Minister Schwickert quasi um die Ecke Ihr Zuhause haben, würden wir uns freuen, wenn Sie uns eine Gelegenheit böten, mit Ihnen über den Radverkehr und das neue Radverkehrsgesetz ins Gespräch zu kommen. Für den Vorschlag eines Gesprächstermins wären wir Ihnen sehr dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

 
Norbert Busch Eva Molsberger-Lange
für die Radweginitiative


Rita Schneider


Willie Beckmann


Jupp Trauth

Rhein-Zeitung

Leserbrief

Die Mainzer Ampelkoalition will bis zur nächsten Landtagswahl im Frühjahr 2026 sieben Pendler-radrouen im Land bauen oder fertigstellen. Bislang sind aber erst 30 Kilometer fertig.

„Bürokratisches Monster“

Die Krise im Radwegebau ist nicht allein der Ampelregierung anzulasten, denn tatsächlich werden bei uns schon seit mehreren Jahrzehnten viel zu wenig sichere Alltagsradwege gebaut. Richtig ist auch, dass der politische Wille im Verkehrsministerium, den Radwegebau zu forcieren, nicht besonders ausgeprägt ist. Aber der Landesregierung Untätigkeit vorzuwerfen wäre unfair, denn das im Koalitionsvertrag gegebene Versprechen, alle Dienststellen des Landesbetriebs Mobilität (LBM) mit einem Radverkehrsteam auszustatten, hat man größtenteils eingehalten.

Wären da nicht zwei schwerwiegende Mankos: die niedrige Bezahlung der Radwegeplaner beim LBM und das langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren. Leider hat es die Ampel versäumt, lukrative Anreize für Bewerber auf die neuen Stellen zu schaffen. Ingenieure mit Hochschulabschluss sind rar. Auf dem hart umworbenen Markt der Ingenieure lassen sie sich schwer finden, wenn sie mit einem Einstellungsgehalt abgespeist werden, das um drei Gehaltsstufen niedriger als das von Lehrern ist. Das ist nicht nachvollziehbar, ungerecht und kontraproduktiv.

Der größte Bremsklotz aber liegt häufig im Planungs- und Genehmigungsverfahren. Es ist ein echtes bürokratisches Monster: Nach Eingang eines Auftrags, einen Radweg zu planen, beauftragt der LBM im ersten Schritt in der Regel ein Büro mit einer Machbarkeitsstudie, um die Vorzugsvariante für den neuen Radweg zu finden. Ihm folgt für die am besten geeignete Trasse die Entwurfsplanung, danach die Genehmigungsplanung, um das Baurecht zu erwirken, gefolgt meistens von einem zeitraubenden Planfestungsverfahren mit ungewissem Ausgang. Hat man endlich Baurecht, folgt die Bauausführungsplanung. Und gebaut wird erst,

Anlage z. Schreiben

Vom 30.06.2026

Fortsetzung

Ausgang. Hat man endlich Baurecht, folgt die Bauausführungsplanung. Und gebaut wird erst, wenn das Geld fließt. So können leicht zehn Jahre Planungen und mehr verstreichen.

Dies den Bürgern plausibel zu vermitteln, fällt schwer und wundert es, dass Politik- und Staatsverdrossenheit sich oft breitmachen? Es wäre mehr Flexibilität angesagt. Dazu braucht es mehr Mut bei Planern, Ermessensspielräume breiter als bisher auszulegen, gesunden Menschenverstand und vor allem auch Rückendeckung von den vorgesetzten Stellen. Dringend erforderlich ist ein Radwegebaubeschleunigungsgesetz. Also liegt der Ball wieder im Spielfeld der Politik.

Norbert Busch, Niederelbert, Rita Schneider, Holler, Radweginitiative „Radweg-Jetzt Buchfinkenland-Montabaur“

Leserbriefe

Sie möchten Stellung zu Themen unserer Berichterstattung beziehen? Schreiben Sie uns dazu gerne eine Mail an folgende Adresse:

leserbriefe@rhein-zeitung.net

Leider können wir von den zahlreichen Zuschriften, die uns erreichen, nur einen Teil veröffentlichen, und müssen uns ferner das Recht auf Sinn wahrende Kürzung vorbehalten. Ein Recht auf Abdruck eines Leserbriefs besteht nicht.

Achten Sie bitte darauf, dass Ihr Leserbrief nicht länger als 2500 Zeichen (inklusive Leerzeichen) ist und Ihren vollständigen Namen sowie für etwaige Rückfragen Ihre Telefonnummer enthält. Anonyme Zuschriften veröffentlichen wir nicht. Als Einsender erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Name und Ihr Wohnort in der Zeitung und im Internet